

Antrag

**der Abgeordneten David Stoop, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Metin Kaya, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, Heike Sudmann
und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

**Betr.: Die Hamburger Stadtwirtschaftsstrategie unter Einbeziehung der
Beschäftigten demokratisch weiterentwickeln**

Mit dem Ersuchen „Eine gemeinsame „Hamburg-Strategie“ für Hamburgs öffentliche Unternehmen schaffen“ (Drs. 22/3021, ergänzt durch Drs. 22/3183) hat die Bürgerschaft den Senat dazu angehalten, das Handeln städtischer Unternehmen im Rahmen einer gesamtstädtischen Strategie an den SDGs (Sustainable Development Goals) und dem Prinzip der „Guten Arbeit“ zu orientieren. Die „Hamburg-Strategie“ soll das Handeln öffentlicher Unternehmen steuern und sie auf eine gemeinsame Gemeinwohlzielsetzung verpflichten. Erste Schritte in diese Richtung wurden gegangen, es fehlen jedoch weiterhin ausformulierte und messbare Kennzahlen. Darüber hinaus wurde die demokratische Beteiligung gesellschaftlicher Akteure sowie der Beschäftigten bisher unzureichend umgesetzt. Insbesondere ist es im Sinne demokratischer Mitbestimmung problematisch, dass der erste Entwurf zur Hamburg-Strategie unter Ausschluss von Betriebsräten zwischen Behörden und Geschäftsleitungen öffentlicher Unternehmen ausgehandelt wurde.

Auf Anfrage der Linksfraktion (Drs. 22/8062) antwortete der Senat: „Zunächst sollte mit der Strategie ein verlässlicher Rahmen für die inhaltliche Verständigung zwischen der FHH als Gesellschafterin sowie ihren öffentlichen Unternehmen geschaffen werden. Bei der operativen Umsetzung, Konkretisierung und Maßnahmenableitung auf Unternehmensebene ist die Mitbestimmung jedoch zu beachten.“ Will heißen: Die Beschäftigtenvertretungen sollen erst bei Umsetzung von Einzelmaßnahmen ihres Betriebes im Rahmen der allgemein geltenden Beteiligungsrechte einbezogen werden. Eine Beteiligung an den umfassenderen Zielsetzungen der Hamburg-Strategie soll demnach nicht stattfinden. Dies ist angesichts der Zielsetzung guter und somit demokratisch mitbestimmter Arbeit unzureichend. Die Beschäftigten und deren Vertretungen sollten vielmehr als gleichberechtigte Partner:innen an der Erarbeitung einer städtischen Gesamtstrategie für ihre Unternehmen beteiligt werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. eine zweite Workshoprunde zur Weiterentwicklung der Hamburg-Strategie aus Beschäftigtenperspektive durchzuführen. Hierzu sind insbesondere die Beschäftigten und deren Vertretungen aus den 47 Unternehmen hinzuzuziehen, deren Geschäftsführungen an der Entwicklung der Hamburg-Strategie mitgewirkt haben.
2. die Planung zu dem angekündigten „Forum Stadtwirtschaft“, welches eine kontinuierliche Beteiligung gesellschaftlicher Akteure ermöglichen soll, voranzutreiben und schnellstmöglich zu einer konstituierenden Sitzung einzuladen.
3. der Bürgerschaft bis zum 31.12.2022 über den Planungs- und Umsetzungsstand zu berichten.